

AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt bar bezahlt | Verlagsort 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL 8. JG., JULI/AUGUST 2016 | NR. 87

KOMMENTIERT

Besser statt billiger werden



AK Präsident Erwin Zangerl

Sie schlafen direkt auf der Baustelle und bekommen oft nur ein Viertel des Lohnes eines heimischen Bauarbeiters: Beschäftigte, die meist im Auftrag osteuropäischer Firmen tätig sind. Besonders Bau- und Handwerksbetriebe stöhnen unter dieser Konkurrenz. Illegalerweise dumpen nicht wenige dieser Firmen bei den Löhnen und Sozialabgaben. Seit der Öffnung des Arbeitsmarktes 2011 stieg die Zahl der „entsendeten Dienstnehmer“ zuletzt auf 150.000, heuer dürften es 180.000 werden!

Viele Betriebe sind von diesem unfairen Wettbewerb betroffen, und die Hauptleidtragenden sind die Arbeitnehmer. Unter dem Motto „geht es nicht noch billiger“ findet ein beinhardter Konkurrenzkampf statt. Doch dieses Wettrennen ist nicht zu gewinnen, es drückt auf unser Lohn- und Sozialgefüge. Draufzähler sind heimische Firmen, die ordentlich entlohnen und ihre Sozialabgaben entrichten. Ebenso wie unsere Arbeitnehmer, die regelmäßig Steuern und Sozialbeiträge bezahlen und damit für ein funktionierendes solidarisches System in unserem Land sorgen.

Wir brauchen noch lückenlosere Kontrollen und schärfere Strafen gegen diese schwarzen Schafe. Diese Verstöße müssten auch im Ausland exekutierbar sein, wie etwa Verkehrsdelikte. Denn wir sollten besser statt billiger werden.

ZAHLENSPIELE



... auf **6,2 Milliarden Euro** wird die Mehrbelastung der Bürger durch die kalte Progression bis zum Jahr 2021 geschätzt. Das sind im Schnitt fast 1.000 Euro von jedem unselbständig Erwerbstätigen und Pensionisten, so eine neue Studie der Denkfabrik Agenda Austria. Die kalte Progression entsteht, weil Löhne an die Inflation angepasst werden, Tarifstufen und Steuerabsetzbeträge aber nicht. Die Arbeitnehmer verdienen brutto jährlich zwar mehr, das Plus schlägt sich aber nicht im selben Ausmaß in den Nettolöhnen nieder. Der Großteil der Zuwächse geht an den Fiskus.



Abschalten und abgrenzen. Der Urlaub ist zur Erholung da und dient der eigenen Gesunderhaltung. Eine permanente Arbeitsbereitschaft macht auf Dauer krank.

Urlaub als Rezept, um abzuschalten

Gesund bleiben. Wer sich erholen will, braucht einmal im Jahr mindestens zwei Wochen durchgehend Urlaub. Doch nur noch etwa jeder Fünfte nimmt sich wirklich eine längere Auszeit.

Endlich Urlaub: Die meisten freuen sich auf ihre wohlverdiente Erholung. Doch nur etwa jeder fünfte Beschäftigte nimmt sich wirklich eine längere Auszeit. Jeder Zehnte meint, er kann seinen Jahresurlaub nie ganz konsumieren. Dabei raten Arbeitspsychologen gerade dann zu einer längeren Auszeit von der Arbeit, wenn man unter hohem Stress steht. Faktum ist, dass sich nur noch 20 % der Beschäftigten zwei durchgehende Urlaubswochen nehmen.

Dazu kommt, dass nicht alle Arbeitnehmer in der Lage sind, sich den Urlaub frei einteilen zu können. Beim AK Arbeitsklimaindex gaben etwa 10 % der Befragten an, nicht ihren gesamten Urlaubsanspruch verbrauchen zu können. Jeder Fünfte musste in den vergangenen zwei Jahren den bereits vereinbarten Urlaub verschieben, weil es die Arbeit erforderte.

Generell lässt sich ein Trend zur laufend zunehmenden Verschmelzung von Arbeit und Freizeit feststellen. Die Schattenseite davon: Permanente Arbeitsbereitschaft macht auf Dauer krank. Dabei steigt die Zahl derjenigen dramatisch an, die in der Freizeit, im Urlaub und im Krankenstand erreichbar sind. AK Präsident Erwin Zangerl: „Die Gesundheit ist ein hohes Gut für die Beschäftigten. Umso wichtiger ist es, jede Form von Selbstausschöpfung zu vermeiden.“

„Ständig erreichbar zu sein, macht krank. Es braucht Strategien gegen eine drohende Selbstausschöpfung.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

Wie eine Studie der AK im Dienstleistungsbereich zeigt, sind bereits 70 % der Beschäftigten in der Freizeit für Kollegen und Chefs verfügbar. Ein starker Anstieg an psychischer Belastung steht damit in direktem Zusammenhang. Im Krankenstand sind fast 60 % permanent für die Firma da. Selbst am Wochenende und im Urlaub ist fast jeder Zweite stets erreichbar. Es braucht daher klare Strategien für den Einzelnen, um sich abzugrenzen. Denn Handy und Laptop verstärken die dauerhafte Erreichbarkeit noch. Bereits jeder siebente Beschäftigte besitzt ein dienstliches Smartphone, vor zwei Jahren war es noch jeder Zehnte. Auch Daten sind inzwischen mobil abrufbar und machen ein Arbeiten rund um die Uhr möglich. Die Folgen jedoch sind vor allem erhebliche negative gesundheitliche Auswirkungen.

Mehr dazu auf den Seiten 4 und 9

GUT INFORMIERT

AK Broschüre zur Teilzeitarbeit



Foto: pressmasterfotolia.com

In Tirol sind bereits mehr als 91.000 Personen in Teilzeit tätig, zum Großteil Frauen. Einerseits werden in einigen Branchen, etwa im Handel, fast nur noch Teilzeitstellen angeboten. Andererseits gehen immer mehr Frauen mangels ausreichender Kinderbetreuungsplätze einer solchen Beschäftigung nach. Aber das bringt auch Probleme bei Einkommen, Aufstiegschancen und in der Pension. Wer Teilzeit oder geringfügig beschäftigt ist, sollte über die wichtigsten Bestimmungen Bescheid wissen. Prinzipiell gilt: Teilzeitarbeit liegt immer dann vor, wenn die gesetzliche Normalarbeitszeit von 40 Stunden oder eine kürzere kollektivvertragliche Normalarbeitszeit (z. B. 38,5 Wochenstunden im Handel) unterschritten wird. Die wichtigsten Bestimmungen aus Arbeits- und Sozialrecht sind in der AK Broschüre „Teilzeitarbeit“ zusammengefasst. Kostenlos anzufordern unter Tel. 0800/22 55 22 - 1432 oder zum Download auf ak-tirol.com



Bei Fragen helfen die Wohnrechts-Experten der AK auch kostenlos unter 0800/22 55 22 - DW 1717

TIPPS FÜR JUNGE

Stressfrei zur ersten Wohnung

Egal ob du schon arbeitest, gerade eine Lehre absolvierst oder studierst – das Ausziehen von Zuhause ist ein wichtiger Schritt in die Selbstständigkeit. Die erste eigene Wohnung spielt dabei natürlich eine ganz besondere Rolle. Damit beim Start in ein unabhängiges Wohn-Leben keine bösen Überraschungen warten, hat die Tiroler Arbeiterkammer eine Broschüre herausgegeben, die sich speziell an Junge und Start-up-Wohner richtet. Welche Wohnung ist für deine Bedürfnisse die richtige? Worauf ist beim Mietvertrag zu achten? Und vor allem: Wo gibts Beihilfen? Der brandneue Folder der AK hilft dir, Geld und Nerven zu sparen. Einfach anfordern unter 0800/22 55 22 - 1731 oder herunterladen auf ak-tirol.com

Tirol bleibt teures Wohnpflaster

Belastung. Durchschnittlich 7,9 Euro pro Quadratmeter betragen die Mieten vergangenes Jahr in Tirol. Damit liegt das Bundesland erneut im Spitzenfeld, Tendenz weiterhin steigend. Die Sozialpartner fordern Abhilfe.

Das West-Ost-Gefälle ist unübersehbar, auch wenn es sich um die Wohnkosten dreht. Dies zeigt eine neue Erhebung der Statistik Austria, in der die Wohn-Daten des vergangenen Jahres analysiert werden. Durchaus mit interessantem, wenn auch für Tirol wenig erfreulichen Ergebnissen: Erneut liegt das Bundesland mit Salzburg (8,7 €/m², inkl. Betriebskosten) und Vorarl-

berg (8,1 €/m²) an der Spitze, was die Mietpreise angeht: 7,9 €/m² sind es hierzulande, Tendenz steigend. Ein Blick auf die Entwicklung der Mietpreise der letzten vier Jahre lässt keine Entwarnung zu – österreichweit stiegen die Mieten insgesamt um 15 %* – von 6,2 auf 7,1 €. Die höchste Steigerungsrate war mit 16 % bei den privaten Mietwohnungen zu verzeichnen, doch auch bei Haushalten in Genossenschafts- bzw. Gemeindeförderung stiegen die Mietkosten um 13 %.

Kleines soziales Segment. Interessant ist diesbezüglich auch der Blick auf den Bereich der Genossenschaftswohnungen. Während dieser etwa im Burgenland, in Nieder- und Oberösterreich oder Kärnten stark vertreten ist (siehe unten Grafik II), liegt Tirol (30 %) mit Vorarlberg (32 %) am Ende dieser Statistik (plus Gemeindeförderung). Das soziale Mietwohnungssegment ist in den westlichsten Bundesländern weit weniger ausgeprägt, wobei sich fehlendes Angebot naturgemäß auf die Mietkosten auswirkt. Während

der soziale bzw. gemeinnützige Wohnbau im Vergleich hinten liegt, ist der (private) Hauptmietbereich in Vorarlberg (63 %) und Tirol (58 %) stark ausgeprägt und daher kostentreibend.

Da die Mieten in den letzten Jahren deutlich stärker gestiegen sind als die allgemeine Teuerung und die Löhne, wird Wohnen vor allem im Westen immer unerschwinglicher. Die alarmierende Situation veranlasste AK, ÖGB und Diözese Innsbruck bereits 2015 zu einer Resolution und einem Aufruf an die Tiroler Landesregierung, für leist-

bares Wohnen zu sorgen, im Mai legten die Tiroler Wirtschafts- und Sozialpartner dem Land ein Zehn-Punkte-Impulsprogramm zum Thema vor.

„Es braucht endlich Nägel mit Köpfen, damit die Menschen im Land entlastet werden. Deshalb haben wir unser Wohnprogramm der Landesregierung übergeben (siehe unten „Das Zehn-Punkte-Programm“) und warten auf Ergebnisse“, so AK Präsident Erwin Zangerl, der weitere richtungweisende Impulsprogramme für die nächsten Monate ankündigt.

GRAFIK WER WOHT WIE?

I. Eigentums-/Mietquote nach Bundesland

Bundesland	Eigentum	Miete (Haupt- und Untermiete)	Sonstige
BURGENLAND	72 %	20 %	8 %
NÖ	64 %	26 %	10 %
VORARLBERG	61 %	32 %	7 %
KÄRNTEN	59 %	32 %	9 %
STEIERMARK	58 %	33 %	9 %
TIROL	57 %	32 %	11 %
OÖ	54 %	33 %	13 %
SALZBURG	52 %	36 %	12 %
WIEN	18 %	79 %	3 %
ÖSTERREICH	49 %	42 %	9 %

II. Anzahl und Anteil der Hauptmieten nach Bundesland

Bundesland	Andere Hauptmiete	Genossenschaftswohnungen	Gemeindeförderung
VORARLBERG	63 %	32 %	5 %
TIROL	58 %	30 %	12 %
SALZBURG	56 %	40 %	4 %
STEIERMARK	48 %	32 %	10 %
WIEN	42 %	26 %	32 %
NÖ	31 %	58 %	11 %
OÖ	31 %	67 %	2 %
KÄRNTEN	30 %	57 %	13 %
BURGENLAND	24 %	70 %	6 %
ÖSTERREICH	42 %	40 %	18 %

Der Mietanteil in Österreich ist allgemein hoch (42 %) und stark regional geprägt. Tirol liegt mit einer Mietquote von 32 % im Mittelfeld. Allerdings verfügt Tirol über die zweithöchste Hauptmietquote Österreichs (58 %), das soziale Mietwohnungssegment ist weniger stark ausgeprägt als im Osten. Auch die Miethöhe variiert stark zwischen 5,4 € (Bgl.) über 7,9 € (Tirol) bis 8,7 € (Szb.). Zudem lagen die Mieten (inkl. BK) im Österreichschnitt 2015 erstmals über 7 €/m².

Quelle: Statistik Austria (Hrsg.), Wohnen 2015

HÖHERER ERHALTUNGSBEITRAG Neues für Mieter von Gemeinnützigen



Vor allem Mieter alter Wohnungen von „Gemeinnützigen“ haben unangenehme Post von der NHT, Tigewosi, WE oder Alpenländische erhalten. Für sie hat sich der „Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag“ deutlich erhöht, weil das seit 1. Juli 2016 gesetzlich erlaubt ist. Die Beträge steigen von 50 Cent pro Quadratmeter pro Monat für Gebäude bis 5 Jahre ab Erstbezug auf maximal 2 Euro bei Gebäuden ab dem 30. Jahr. Außerdem findet ab 1. April 2018 alle 2 Jahre eine Indexierung statt. Mehr auf ak-tirol.com **Zur statistischen Erhebung der tatsächlichen EVB-Steigerungen ersuchen wir betroffene Mieter um Zusendung der beiden letzten Vorschreibungen. Weitere Informationen dazu unter 0800/22 55 22 - 1731.**

DAS ZEHN-PUNKTE-IMPULSPROGRAMM Tirols Sozialpartner: „Wohnen muss wieder leistbar sein“

Mit einem Zehn-Punkte-Impulsprogramm wollen die Tiroler Wirtschafts- und Sozialpartner Wohnen in Tirol wieder leistbar machen. So fordern sie etwa eine rasche, freiwillige Zweckbindung der Bundes-Wohnbauförderungsmittel, um langfristig einen stabilen Einnahmestatus für die Wohnbauförderung zu sichern. Weiters sollen alle landesgesetzlichen Bauregelungen einer kritischen Durchsicht unterzogen werden, ebenso soll die Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ geschaffen werden, dadurch soll bei Umwidmungen ein Teil des Grundstücks für den geförderten Wohnbau günstig bereitgestellt werden.



Zudem fordern die Sozialpartner – dort, wo möglich – eine Erhöhung der Baudichte und die Wiederbelebung des besonderen Mietwohnbaus. Auch sollen vermehrt Start-Wohnungen für Junge gebaut und zwei Studentencampus errichtet werden. Beihilfen sollen vereinheitlicht und faire Baurechtsregelungen geschaffen werden. Bei der Baulandmobilisierung sollen in Zukunft bessere gesetzliche Vorgaben im Sinne einer mobilisierenden, bodensparenden und nachhaltigen Verwendung der Bauflächen gelten. Die Sozialpartner fordern außerdem die Schaffung von 500 weiteren Wohnungen in städtischen Bereich bis 2020. Denn nur wenn das Angebot größer ist, fallen auch die Mietpreise.

AKUT + PLUS-MINUS

Senkung der Lohnsteuer wirkt



Die Lohnsteuer-Senkung wirkt: Das Wirtschaftsforschungsinstitut

Wifo sieht die Wirtschaft stärker wachsen als geplant: Um 1,6 statt um 1,3 Prozent in den vergangenen 12 Monaten. Ein Grund: Durch die Steuersenkung haben die Menschen mehr Geld und geben das auch in Österreich aus. Die AK meint: Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften haben hart für die Steuersenkung gekämpft. Jetzt freuen sich nicht nur die Beschäftigten über mehr Geld im Börs. Auch die Wirtschaft erholt sich. Das zeigt sich in der jüngsten AK Umfrage zur Stimmung in Tirol. Fast jeder zweite Befragte (49 %) sieht seine eigenen Erwartungen über die Höhe der Lohnsteuer-Senkung erfüllt. Generell wird die Initiative der AK zur Lohnsteuer-Senkung von den Tirolern als höchst positiv vermerkt. Die Steuer-Entlastung wird bei allen Berufsgruppen spürbar festgestellt.

Entlassung verhindert



Besonders einfach wollte es sich eine Modekette machen, als sie ihre Innsbrucker Filiale schloss. Alle Mitar-

beiter, darunter ein Lehrling, wurden entlassen. Doch Lehrlinge haben einen stärkeren Bestandsschutz. Sie befinden sich in Ausbildung und haben einen auf drei Jahre befristeten Lehrvertrag. Um einen Lehrling zu entlassen, bedarf es deshalb schwerwiegender Gründe. Das Lehrlingmädchen wandte sich an die AK Jugendabteilung, die den Betrieb aufforderte, rechtlich gedeckte Gründe für eine Entlassung zu beweisen. Auf eine Klage wollte es die Modekette nicht ankommen lassen und beglich sämtliche Ansprüche des Lehrlings. Nun ist das Mädchen für einige Monate abgesichert und kann die Fortsetzung seiner Ausbildung in Ruhe organisieren. Für das Lehrlingmädchen sprachen eine klare Rechtslage und ein starker Partner, die AK Tirol.

Icons: yadiga/Fotolia.com

„Der Standort Tirol muss rasch verbessert werden“

Impulse. AK Präsident Zangerl fordert von der Politik die rasche Umsetzung der Vorschläge und Forderungen der Tiroler Sozialpartner zur Belebung der Wirtschaft.

TAZ: Herr Präsident, die Tiroler Sozialpartner haben dem Land ein Zehn-Punkte-Impulsprogramm für leistbares Wohnen vorgelegt. Was müsste jetzt geschehen?

Erwin Zangerl: Damit in Tirol wieder eine positive Grundstimmung entstehen kann, muss das Land tätig werden. Faktum ist, dass zwischen Wirtschaft und Arbeitnehmerschaft ein Grundkonsens darüber besteht, gemeinsam den Standort Tirol zu verbessern. Die Wirtschafts- und Sozialpartner haben sich in den letzten Monaten intensiv mit dem Ist-Zustand im Land auseinandergesetzt.

„Die Tiroler Sozialpartner bekennen sich zu gemeinsamen Zielen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

TAZ: Wie sehen Sie die Aufgabe der Sozialpartnerschaft?

Zangerl: Die Interessenslage von Arbeitnehmern, Unternehmern und Bauern ist naturgemäß unterschiedlich. Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Landwirtschaftskammer haben jedoch immer wieder eines unter Beweis gestellt: Wenn es um das Gemeinsame geht, stehen die Sozialpartner immer zusammen, um etwas Positives für unser Land zu erreichen. Kritisch ist anzumerken, dass die Politik die Sozialpartner oftmals gegeneinander ausgespielt hat. Denn es besteht in Kreisen der Landespolitik und



der -verwaltung nicht immer der größte Wunsch nach Reformen und die höchste Begeisterung für Veränderungen. Fest steht, dass gelebte Sozialpartnerschaft mehr ist als ein Feigenblatt. Die Sozialpartner liefern mit ihren Experten und Fachleuten immer wieder wichtige Entscheidungsgrundlagen. Wohlgermerkt Grundlagen – die Politik muss entscheiden, das ist ihre Aufgabe.

TAZ: Wie ordnen Sie gemäß diesem Befund das 10-Punkte-Programm der Tiroler Sozialpartner ein?

Zangerl: Wir sind gemeinsam zu wichtigen Feststellungen und Forderungen gekommen, die es in dieser Form und Gesamtheit noch nicht gegeben hat. Etwa, dass die Wohnbauförderung wieder zweckgebunden werden muss, und dass Wohnen ein Menschenrecht ist und keine Marktsache, mit der unbehelligt spekuliert werden kann. Oder, dass zu teuer gebaut wird, und die gewidmeten Flächen endlich aktiviert werden müssen. Wir haben alle diese Punkte dem Landeshauptmann und dem Wohnbaurat vorgelegt. Jetzt werden die Details besprochen. Werden diese Kostentreiber reduziert, würde das jedem Tiroler pro Jahr zwei Monatsmieten Ersparnis bringen.

TAZ: Wie geht die Arbeit der Sozialpartner jetzt weiter?

Zangerl: Alle Beteiligten loben das gute Gesprächsklima, die konstruktive Zusammenarbeit und wollen sich kontinuierlich treffen. Als nächstes werden Initiativen zur Beschäftigung in Tirol, zum Arbeits- und Lebensraum Tirol und zum Bildungsstandort Tirol konzipiert. Damit möchten die Sozialpartner aktuelle Problematiken aufgreifen und für die Tiroler Bevölkerung zielorientierte Maßnahmen erarbeiten.

EINFACH GEWINNEN MIT DER AZ

Mitmachen & gewinnen.

Wenn Sie Karten für eine der Veranstaltungen gewinnen wollen, mailen Sie an ak@tirol.com, schicken Sie ein Fax an 0512/5340 – 1290 oder schreiben Sie an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Stichwort: „Festival der Träume“, „Hannah“ bzw. „Düringer“. Name, Adresse, Telefonnummer und Terminwunsch – bei Festival der Träume und Hannah – bitte nicht vergessen!

Einsendeschluss: 30. Juli 2016

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablöse möglich.

DÜRINGER

ICH - ALLEIN?

Diesmal wird es wirklich kompliziert. Nicht, dass Düringers Vortrag besonders schwer zu verstehen wäre. Nein, das Wesentliche ist ja bekanntlich ganz einfach und weil es uns zu einfach ist, haben wir es gerne kompliziert. Im dritten Teil einer Trilogie rüttelt der Kabarettist Roland Düringer erneut an festgefahrenen Weltbildern. Das Programm „Ich - Allein?“ ist unterhaltsamer Frontalunterricht, wobei sich Düringer nicht als „Belehrer sieht“. „Ich will über das reden, was mich interessiert. Wenn es andere auch interessiert, freut es mich“, so Düringer. Spielen Sie mit und gewinnen Sie Karten für den Kabarettabend am 13. Oktober im SZentrum in Schwaz (ab 20 Uhr).



Roland Düringer am 13. Oktober in Schwaz.



Schellinski am 14. August in Innsbruck.

FESTIVAL DER TRÄUME

ÜBERMUT

Auch heuer lockt das international renommierte Festival der Träume – diesmal unter dem Motto „Übermut“ – mit zahlreichen hochkarätigen Künstlern und Attraktionen. Leser der Tiroler Arbeiterzeitung haben die Gelegenheit, im Spiegelzelt vor dem Innsbrucker Landestheater live dabei zu sein. Karten zu gewinnen gibt es für Schellinski aus dem Ländle, die Mundartlieder mit Herz und Seele zum Besten geben (14. August), für Übermut (19. August), Börlin – den urbanen Dauerbrenner (7. August) und für die steirische „Kuhlt-Bänd“ Anada a Noar (28. August). Einlass jeweils ab 20 Uhr, Teilnahmebedingungen siehe links.

HANNAH LIVE

AUFSTIEG

Zarte Romantik, Nachdenkliches und vor allem ausgelassener Partyspaß: Das ist der Mix, mit dem Alpen-Queen Hannah ihre Fans in Scharen zu den Konzerten lockt. Für die Tirolerin gibt es mittlerweile keine strengen musikalischen Regeln mehr, denen Volksmusik und Schlager folgen müssen – dies stellt sie auch auf ihrem neuen Album „Aufstieg“ unter Beweis. Wer Hannah auf ihrer Tour live erleben will, kann dies mit der Tiroler Arbeiterzeitung (siehe links). Mit ein bisschen Glück gibt es Karten zu gewinnen: entweder für Hannahs Auftritt in Matrei in Osttirol (Tauercenter, 21. Oktober) oder dem in Mils bei Imst (Trofana, 3. November).

INFOS AK BROSCHÜREN

Gut zu wissen. Holen Sie sich die aktuellen Arbeitsrechts-Broschüren, kostenlos erhältlich unter 0800/22 55 22 – 1432 oder als Download auf ak-tirol.com



Ihr gutes Recht Ruhezeit

Gerechtigkeit muss sein, gerade auch im Arbeitsleben. Doch die Realität sieht leider oft ganz anders aus. Deshalb können Beschäftigte in der AK Broschüre „Arbeitsrecht griffbereit“ nachlesen, was erlaubt ist, und wo sie aufpassen müssen, z. B. bei Arbeitsvertrag und Dienstzettel, im Krankenstand, bei geringfügiger Beschäftigung sowie Kündigung oder Entlassung. Und sie erfahren das Wichtigste zu Urlaubsrecht, Abfertigung, Betriebsübergang und Pflegefreistellung. Denn nur wer seine Rechte und Pflichten kennt, kann sich auch daran orientieren!

Das Arbeitszeitrecht ist ein wichtiges Instrument. Es regelt u. a., wie Mehr- oder Überstunden zu entlohnen sind und was für Pausen, Feiertage etc. gilt. Überstunden fallen an, wenn die gesetzliche Normalarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche oder von 8 Stunden pro Tag überschritten wird. Pro Überstunde steht ein mindestens 50-prozentiger Zuschlag zu, bei Zeitausgleich gibt es pro Überstunde 1,5 Stunden Freizeit. Für Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit sind in vielen Kollektivverträgen höhere Zuschläge vorgesehen! Mehr im AK Falter „Arbeitszeit und Ruhezeit“.

Abfertigung

Das Abfertigungsrecht Neu gilt für alle Arbeitsverhältnisse, die ab dem 1. Jänner 2003 neu begonnen haben. Seither haben alle betroffenen Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnis unter die neue Regelung fällt, Anspruch auf Abfertigung. Und das Beste daran ist: Abfertigung geht auch bei einer Selbstkündigung durch den Arbeitnehmer nicht verloren. Aber wie funktioniert das neue System? Ist ein Übertritt vom alten möglich, wie wird die Abfertigung berechnet und wann muss sie der Arbeitgeber auszahlen? Infos finden Sie im AK Falter „Abfertigung Neu und Alt“.



Pause für Laptop und Diensthandy

Einfach abschalten. Wer auch im Urlaub mit dem Kopf ständig bei der Arbeit ist, wird sich nicht erholen. Das kann sogar zu gesundheitlichen Problemen wie z. B. Burnout führen.

Smartphone & Co. sind aus dem Alltag kaum noch wegzudenken. Und doch haben diese praktischen Ergebnisse einer rasanten technologischen Entwicklung auch so ihre Schattenseiten.

Aus für On-Modus. Sie sorgen dafür, dass die Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit immer mehr aufweichen und dass Beschäftigte auch nach Dienstschluss, am Wochenende oder im Urlaub erreichbar

sind – unabhängig vom Ort, an dem sie sich gerade aufhalten. Und Hand aufs Herz: Wer lässt das (Dienst-)Handy schon gleichgültig läuten, wenn er sieht, dass der Chef anruft? Wer ignoriert beim Checken seines elektronischen Postfachs dessen eMails?

Abgesehen davon, dass es sich dabei genau genommen um unbezahlte Arbeitszeit handelt, schmälert die ständige Erreichbarkeit auch den Erholungseffekt. Auf Dauer kann sie sogar mit Ursache für ge-

sundheitliche Probleme wie für ein Burnout sein. Studien deuten darauf hin, dass bereits eine eingehende eMail am Smartphone den Stresslevel ansteigen lässt.

Deshalb gilt – nicht nur im Urlaub:

- In der Freizeit macht auch das Firmenhandy Pause!
- Firmen-eMails nur in Notfällen lesen.
- Stellen Sie sich rechtzeitig auf einen Urlaub ein: Verschaffen Sie sich einen Überblick über die Ar-

beit, die noch zu bewältigen ist, damit Sie alles erledigen können. Und bereiten Sie die Dienstübergabe vor.

- Vergessen Sie nicht, eine Abwesenheitsnotiz für Ihre eMails einzurichten.
- Vermeiden Sie im Urlaub Stress und Erfolgsdruck.

Infos finden Sie auch in der AK Broschüre „Ihre Rechte am Arbeitsplatz“, erhältlich unter 0800/22 55 22 – 1432 oder auf ak-tirol.com

Bestimmungen für Leiharbeiter



Gesetz schützt Leiharbeiter.

Die Vermittlung von Leiharbeitern, genauer gesagt die Arbeitskräfteüberlassung, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Zum Schutz der überlassenen Arbeitskräfte ist eine Überlassung aber nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Arbeitnehmer möglich. Der Verleiher (Überlasser) muss über die Arbeitsbedingungen eine schriftliche Grundvereinbarung (Dienstzettel) und eine Überlassungsmittlung ausstellen. Welche Regeln sonst noch einzuhalten sind, etwa bei Entgeltansprüchen, steht in der AK Broschüre „Leiharbeit – Schutzbestimmungen für Leiharbeiter“.

Was Geringfügige wissen sollten



Minijobber sind nur unfallversichert.

Wer derzeit weniger als 415,72 Euro brutto monatlich oder 31,92 Euro pro Tag verdient, gilt als geringfügig beschäftigt. Damit hat er zwar die gleichen Rechte wie Teil- oder Vollzeitbeschäftigte, z. B. Anspruch auf Urlaub, Pflegefreistellung und Entgeltfortzahlung bei Krankheit, außerdem stehen je nach KV meist auch Sonderzahlungen zu. Aber Minijobber sind nur unfallversichert. Für 58,68 Euro pro Monat können sie sich freiwillig kranken- und pensionsversichern. Alle wichtigen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Bestimmungen finden Sie im neuen AK Falter „Geringfügige Beschäftigung“.

TIPPS RUND UMS GELD

Wichtiges zur Lohnexekution



Foto: Jakub K/Fotolia.com

Was bei einer Lohnpfändung übrig bleiben muss und was bei der Berechnung berücksichtigt wird, erklären AK Experten im Falter „Lohnpfändung – Wichtige Bestimmungen bei der Lohnexekution“. Lesen Sie nach, wie z. B. Sachleistungen bewertet oder Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Pfändung unterworfen werden.

AK Tipp: Auf schuldnerberatung.at, der Homepage der Schuldnerberatung, gibts einen Lohnpfändungsrechner.

Betroffene sollten sich außerdem unbedingt persönlich beraten lassen.

Wenn die Firma verkauft wird

Ein Betriebsübergang, wenn also durch Verkauf oder Verpachtung der Firmeninhaber wechselt, bedeutete früher für viele den Verlust des Arbeitsplatzes. Seit 1993 schützt davor das Arbeitsvertragsrechtsanpassungsgesetz. Eine gute Erstinformation finden Betroffene im AK Falter „Betriebsübergang – Ihr Recht, wenn die Firma verkauft oder verpachtet wird“. Am besten umgehend anfordern und die AK Experten zusätzlich für ein individuelles Beratungsgespräch kontaktieren!

Ruhestand und Betriebspension



Foto: gooduz/Fotolia.com

Nicht jeder kann sich auf eine Betriebspension freuen, und der Anspruch auf einen solchen Zuschuss des Arbeitgebers zur gesetzlichen Pension entsteht nicht einfach automatisch. Tatsächlich werden derartige Leistungszusagen vertraglich geregelt und auf Basis unterschiedlichster Modelle möglich. Alle Details dazu können Sie in der neuen AK Broschüre „Betriebspension“ nachlesen.

Mehr Qualität im Tourismus

Gehaltsangaben? Fehlanzeige. Im Hotel- und Gastgewerbe gibt es bei 73,7 % der Stelleninserate trotz einer gesetzlichen Verpflichtung keine Angaben über den betragsmäßigen Verdienst. Gerade im Tourismus werden händeringend Mitarbeiter gesucht. Doch leider ist von Gehaltstransparenz allzu oft keine Rede. Das ergibt eine AK Erhebung vom Mai 2016 in Tiroler Medien.

Wichtiger Impulsgeber

Die Tourismuswirtschaft ist in Tirol ein wesentlicher Impulsgeber und Wirtschaftsmotor. Es gibt eine Fülle von Leitbetrieben, die Spitzenleistungen erbringen. Nicht zuletzt deshalb, weil sie wissen, dass ihre Mitarbeiter das wesentliche Kapital in dieser dienstleistungsintensiven Branche sind. Das spüren die Beschäftigten und das merken Gäste. Wo ein gutes Arbeitsklima herrscht, sind auch die Bedingungen für den Gast optimal. Und damit machen sich anständige Entlohnung, gute Mitarbeiterführung und ordentliche Unterkünfte bezahlt. Leider gibt es immer noch einige schwarze Schafe, die eine ganze Branche in Verruf bringen, das beginnt schon bei den fehlenden Gehaltsangaben.

Mindestgehalt im Inserat

Seit März 2011 muss in Stellenanzeigen von Privatunternehmen angeführt sein, wie viel man im Beruf mindestens verdient, und zwar in der betragsmäßigen Höhe. Auch das Land hat sich bereit erklärt, Stellen gehaltstransparent auszuschreiben. Eine allgemeine Auswertung der AK Tirol von Februar und März 2016 hat bereits eine sinkende Meldemoral ergeben: 6.481 Stellenanzeigen in Tiroler Medien wurden kontrolliert, bei 58,5 % fehlten die Gehaltsangaben. Aber es geht noch schlimmer, wie die aktuelle Sonderauswertung im Bereich Hotel- und Gastgewerbe zeigt.

Schlechte Quote

Die AK Tirol hat in dieser Sonderauswertung speziell die Gehaltsangaben in Stelleninseraten im Hotel- und Gastgewerbe unter die Lupe genommen und zwar im Mai 2016 jeweils in der Samstagsausgabe der Tiroler Tageszeitung, in der Zeitung basics und in den Tiroler Bezirksblättern. Das Ergebnis ist noch schlechter ausgefallen als der allgemeine Durchschnitt: Satte 73,7 % halten sich in diesem Bereich nicht ans Gesetz und führen keine Gehaltsangabe an.

Das Ergebnis im Detail

Die Meldemoral der Betriebe im Hotel- und Gastgewerbe ist katastrophal: Insgesamt 410 Stellenanzeigen wurden im Mai 2016 kontrolliert, davon enthielten 108 Inserate eine Gehaltsangabe, bei immerhin 302 fehlte diese. Das ergibt eine „Kriminalitätsquote“ von 73,7 %. Es wurde außerdem noch eine Unterscheidung getroffen in „Hotels“ sowie „Gasthäuser und Kaffees“. Bei den Hotels waren 50 Inserate mit Gehaltsangaben, 131 ohne. Bei Gasthäusern und Kaffees 58 Stelleninserate mit, 171 ohne Gehaltsangaben.

Zahnloses Gesetz

Eigentlich sieht das Gesetz bei Androhung einer Geldstrafe im Wiederholungsfall vor, dass in jedem Stelleninserat das Gehalt betragsmäßig angegeben wird. Aber es ist letztlich völlig zahnlos. Denn anders als bei sonstigen Verwaltungsstraftatdelikten kann nicht jeder Staatsbürger über seine Anzeige hin ein Verwaltungsstrafverfahren einleiten, sondern das Gesetz verlangt ausdrücklich einen Strafantrag entweder des Stellensuchers oder der Anwältin bzw. Regionalanwältin für die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt. Die AK verlangt, dass auch den Arbeitnehmervertretungen das Recht eingeräumt wird, Gesetzesbrüche anzuzeigen.

Über Geld spricht man

Angaben zu Mindesteinkommen helfen allen Beschäftigten, insbesondere auch Frauen. Denn so werden die Gehaltsunterschiede in einzelnen Berufen transparent und auch die niedrigen Löhne, die in manchen Branchen bezahlt werden. Arbeitnehmer können durch Gehaltsangaben nicht nur bei der Jobsuche hilfreiche Vergleiche anstellen, sondern finden darin auch Argumente für eine Gehaltserhöhung. Außerdem können Jugendliche diese Infos über die unterschiedlichen Einstiegsgehälter bei ihrer Berufswahl berücksichtigen.

Fristen beachten!

Und gleich noch ein wichtiger Tipp für alle im Gastgewerbe Beschäftigten: Für die Durchsetzung der meisten arbeitsrechtlichen Ansprüche gelten kurze Verfallsfristen. Deshalb nicht lange zuwarten, wenn Sie Ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung überprüfen lassen wollen. Denn im Gastgewerbe verfallen Lohnansprüche bereits nach vier Monaten. Also auf keinen Fall die viermonatige Verfallsfrist versäumen und Ansprüche unbedingt schriftlich beim Arbeitgeber geltend machen! Es kommt in der Praxis häufig vor, dass geleistete, aber nicht bezahlte Überstunden nach dem Ablauf von nur vier Monaten nicht mehr geltend gemacht werden können. Ärgerlich, aber leider rechtlich gedeckt.

Anspruch auf Lohnabrechnung

Beschäftigte haben auf Druck der AK seit heuer einen zivilrechtlichen Anspruch auf eine monatliche (in manchen Fällen wöchentliche) schriftliche, nachvollziehbare und vollständige Abrechnung ihrer Bezüge (samt Zulagen, Zuschlägen, Mehr- und Überstunden,...). So können Arbeitnehmer jetzt besser nachvollziehen, ob sie korrekt entlohnt und angemeldet sind.

Arbeiterkammer wird vo

Bilanz 2015. 328.980 Beratungen, über 7.100 außergerichtliche Vertretungen und Tausende Rechtsschutzfälle: Die Tiroler AK wird immer wichtiger. Und vom starken Schutzhaus profitieren die Tiroler Arbeitnehmer – in allen Lebenslagen.

INTERN AK BILANZ 2015

Mit fast 330.000 Beratungen stellt das vergangene Jahr einen neuen Höhepunkt im Einsatz der AK für die Tiroler Arbeitnehmer dar. Vor allem im Arbeitsrecht stiegen die Hilferufe, von den insgesamt 328.980 Beratungen entfiel fast ein Drittel auf diesen Bereich. Schon allein die Summe an Beratungen in Innsbruck und den acht Bezirkskammern zeigt deutlich, wie wichtig das Schutzhaus AK geworden ist. Denn Fallen lauern mittlerweile überall, das soziale Klima wird immer kälter und Hilfe ist oft nicht in Sicht. Gerade die betroffenen Mitglieder wissen nach einer Beratung, dass die AK für die Arbeitnehmer im Land unverzichtbar ist. Zumal vielen das Geld fehlt, um für ihre Rechte zu kämpfen.

SCHÜTZENDE HAND

In allen Bereichen (siehe Grafik rechts) stemmen sich deshalb die hochspezialisierten Experten der AK gegen das tägliche Unrecht, ob im Arbeits- oder Privatleben, und helfen kostenlos. Egal, ob es sich um Probleme am Arbeitsplatz, um Insolvenzvertretungen, Fragen zu Kinderbetreuungsgeld, Pension oder Konsumentenschutz handelt: Immer wird versucht, eine zufriedenstellende Lösung zu finden.

Die AK schreckt als Interessenvertretung auch nicht davor zurück, heiße Eisen anzupacken, darunter das teure Wohnen, der wichtige Bereich Bildung oder die hohe Steuerbelastung. Gerade bei diesem Thema zeigte sich 2015 der Einsatz

der Arbeiterkammern von Tirol und Vorarlberg und dem ÖGB, die gemeinsam die Lohnsteuersenkung durchsetzen konnten. Wie eine aktuelle Umfrage der AK in Tirol zeigt, sieht jeder Zweite seine eigenen Erwartungen über die Höhe der Lohnsteuer-Senkung erfüllt.

IMPULSPROGRAMME

Bereits im Frühjahr 2015 wurde eine Resolution gegen die Wohnungsnot verabschiedet, bei der AK Tirol, Diözese Innsbruck, KAB Tirol und ÖGB Tirol ihre Forderungen nach erschwinglichem Wohnen bekräftigt haben. Diese Forderung mündete in einem Zehn-Punkte-Impulsprogramm, das die Wirtschafts- und Sozialpartner vor wenigen Wochen der Landesregierung übergeben haben. Dieses Programm soll nur der Anfang für weitere sein, denn die Probleme der mehr als 300.000 Arbeitnehmer in Tirol sind vielfältig.

DIREKTE FÖRDERUNG

Die Interessenvertretung hilft aber nicht nur mit wirtschafts- bzw. gesellschaftspolitischen Programmen, Beratungen von Mitgliedern und im Ernstfall deren Vertretung vor Gericht, sondern sie unterstützt auch unmittelbar: So betragen die direkten finanziellen Zuwendungen an AK Mitglieder vergangenes Jahr 2,3 Millionen Euro, rund 1,7 Millionen Euro flossen dabei in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Zudem werden Mitglieder in Hunderten Info-Veranstaltungen kostenlos zu aktuellen Themen informiert.

Der Beitrag, den die Arbeitnehmer für ihre AK leisten, ist gering, die Erfolge sind jedoch groß: Dies stellen die Zahlen der Bilanz 2015 eindrucksvoll unter Beweis.

Hilfe bei allen Arbeitsrechtsfragen

Im Bereich Arbeitsrecht gab es vergangenes Jahr insgesamt **104.980 Beratungen**, 30.830 davon **persönlich**, 71.780 **telefonisch** und 2.370 **schriftlich**. Dabei zählten vor allem die Themen Dienstzeugnis, Arbeitsverträge, Überstunden, Kündigung, Karenz sowie All-in-Verträge zu den Hauptanliegen der AK Mitglieder.

12.980 Beratungen

AK: Ihr Partner im Sozialrecht

Auch bei sozialrechtlichen Fragen können die Tiroler Arbeitnehmer auf ihre AK zählen. So wurden vergangenes Jahr **47.760 Beratungen** durchgeführt, **12.750 persönlich**, **32.990 telefonisch** und **2.020 schriftlich**. In **2.387 Fällen** wurden AK Mitglieder gerichtlich vertreten. Gefragt waren 2015 vor allem Beratungen zu Invaliditätspension, Berufsunfähigkeitspension, Rehabilitationsgeld, Anerkennung von Schwerarbeitszeiten, Ausgleichszulage, Pflegegeld, Kinderbetreuungsgeld, Mindestsicherung/Heimkosten und Arbeitslosengeld.

47.760 Beratungen

Starker Konsumentenschutz

Die Bilanz der AK Konsumentenabteilung kann sich auch für 2015 sehen lassen: **65.790 Beratungen** wurden durchgeführt, **11.170** davon **persönlich**, **49.750 telefonisch** und **4.870 schriftlich**. Aus den persönlichen Beratungen resultierten **2.418 Interventionsfälle**. Zudem wurden **41 Erhebungen und Tests** und **37 Gesetzesbegutachtungen** durchgeführt.

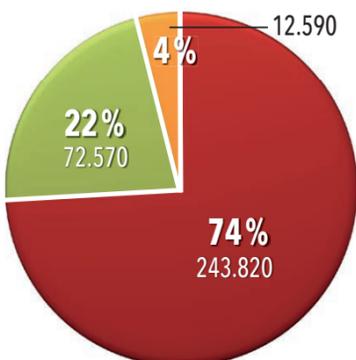
65.790 Beratungen

Betriebsservice

Die Stabsstelle Betriebs-service musste sich an reichen Wirtschaftskreisen anwenden. 2015 wurden **18.610 Beratungen** durchgeführt, **910** davon **persönlich**. Da das Betriebs-service bei ihrer Arbeit hilft, ist es für Arbeitnehmervertreter. Das kostenlose Kolleg für Be-

AK HILFT RASCH

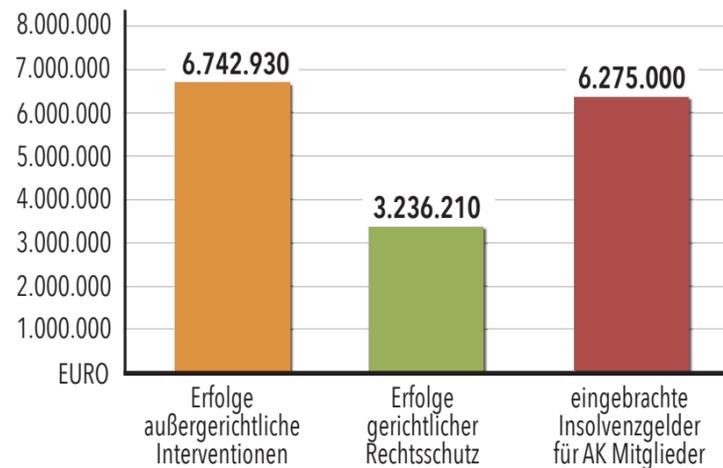
2015: Wieder Top bei Beratungen



Die Zahl der Arbeitnehmer, die Rat und Hilfe suchen, steigt von Jahr zu Jahr. War 2014 mit 324.850 Beratungen schon ein neuer Gipfel erreicht, stiegen sie im Jahr 2015 auf **328.980**. Mit **104.980** Kontakten entfiel dabei fast ein Drittel auf den Bereich **Arbeitsrecht**. Weitere **65.790** Beratungen betrafen den **Konsumentenschutz** und **47.769** das **Sozialrecht**. Aufgeschlüsselt auf die Art der Beratung waren **243.820** Kontakte **telefonisch**, **72.570** **persönlich** und **12.590** **schriftlich**. Die AK ist in jedem Fall für die Beschäftigten da, dies zeigen auch die direkten finanziellen Zuwendungen in Höhe von **2,3 Mio. Euro**, etwa im Rahmen des Unterstützungsfonds oder der Aus- und Weiterbildungsbeihilfen.

VERTRETUNGSERFOLGE

Über 16 Millionen Euro für Mitglieder erkämpft



Das der Beitrag der AK Mitglieder mehr als gut investiert ist, zeigt die Summe der für die Tiroler Arbeitnehmer erkämpften Gelder: **16,25 Mio. Euro** sind es, die 2015 erzielt werden konnten. Geld, das für viele notwendig ist und das ohne den Einsatz der AK Experten größtenteils verloren gewesen wäre. Insgesamt beschäftigten sich die Mitarbeiter vergangenes Jahr mit **7.199 außergerichtlichen Vertretungen** und **1.155 Insolvenzvertretungen**. Zusätzlich unterstützte die AK Tirol ihre Mitglieder mit mehr als **1,7 Mio. Euro** an Bildungsförderung sowie mit **281.540 Euro** im Rahmen des Unterstützungsfonds.

von Mitgliedern gestürmt

oller Einsatz bei Lehre & Jugend

Ob allgemeines Jugendarbeitsrecht, Arbeitszeitrecht, Pflichtpraktikum, Ferienarbeit, Ausbildungsqualität von Lehrverhältnissen oder bei Insolvenzen von Lehrbetrieben: Die AK steht jungen Arbeitnehmern tatkräftig zur Seite. So wurden vergangenes Jahr **12.980 Beratungen** durchgeführt bzw. Auskünfte erteilt, **170 mal** wurde schriftlich interveniert, **9 Klagen** für Lehrlinge wurden eingebracht mit **8.450 Euro Vertretungserfolg** bei fünf abgeschlossenen Klagen. Ebenso gab es **49 Insolvenzvertretungen**. Zudem konnten Jugendliche **142 externe Vorträge** und Schulungen besuchen.

Mitgliederstruktur

¹⁾ kein Status/Fremdkassen (Nicht TGKK); Zahlen Juni 2016;

AK TIROL MITGLIEDER GESAMT		
308.339		
MÄNNER	FRAUEN	
159.486	148.853	
ARBEITER	ANGESTELLTE	k. S. ¹⁾
141.050	141.548	25.741

ZAHLEN & FAKTEN

Wofür Ihr Beitrag verwendet wird*

* Daten für 2015

328.980
Beratungen insgesamt

116.110
Beratungen in den acht Bezirkskammern

1.155
Insolvenzvertretungen

745
Fälle, in denen gerichtlich Rechtsschutz im Arbeitsrecht gewährt wurde

2.387
Verhandlungen vor dem Sozialgericht

668
Gesetzesbegutachtungen
Stellungnahmen

409
Info-Veranstaltungen

1.032.025
Internet-Zugriffe

Wichtige Adresse für Aus- & Weiterbildung

15.920
Beratungen

Auch die Bildungsabteilung der AK kann für 2015 eine eindrucksvolle Bilanz vorlegen: So wurden **15.920 Beratungen** durchgeführt bzw. Auskünfte erteilt, **14 Gesetze** begutachtet und **44 Stellungnahmen** zu Verordnungen und Studienplänen abgegeben. Die Bildungsförderung für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen beliefen sich auf **1,775 Millionen Euro**, Geld, das den Karriereweg tausender Jugendlicher erleichtert hat. Die Unterstützungen reichten von den AK Bildungsbeihilfen für Lehrlinge, Schüler oder Studenten über Förderungen von Berufsreifeprüfungen und Lehrabschlüssen im 2. Bildungsweg bis hin zur Zukunftsaktie.

Kompetent bei Miet- & Wohnrecht

17.570
Beratungen

Die Wohn- und Mietrechtsexperten der AK Tirol halfen 2015 in **17.570 Fällen**, davon **12.240 telefonisch**, **4.260 persönlich** und **1.070 schriftlich**. Es kam zu **652 außergerichtlichen Interventionen**, einer **Abmahnung** mit **54 unzulässigen Vertragsklauseln** und **drei Verbandsklageverfahren**. Den Mitgliedern wurde in den Bereichen **Mietrecht, Wohnungseigentum, Heizkosten, Bauträger** sowie **Kauf- und Übergabeverträge** kompetent Auskunft erteilt.

Steuerprofis für die Mitglieder

19.960
Beratungen

Die Abteilung Wirtschaftspolitik (mit Steuerrecht, Umwelt und Verkehr, Statistik und Europa-Referat) stellt einen wichtigen Angelpunkt in der AK dar. Insgesamt wurden hier vergangenes Jahr **380 Begutachtungen und Stellungnahmen** verfasst. **19.960 AK Mitglieder** wurden beraten, gefragt waren vor allem Informationen zu Arbeitnehmerveranlagung, Grenzgängern, der Steuerreform u. v. m. Auch die Steuerspartage 2015 waren wieder gut besucht: Bei **11 Terminen** in den Bezirken und in Innsbruck wurden **880 Beratungen** durchgeführt.

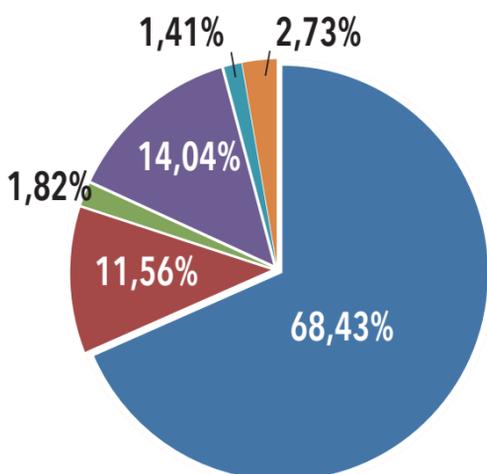
Service unterstützt

Service mit dem Spezialbereich In- auch im Vorjahr wieder mit zahl- useinandersetzen. Insgesamt **18.610 Beratungen** vom Betriebs- service persönlich, **740 vor Ort** in telefonisch und **460 schrift-** der AK Tirol den Betriebs- rä- des die wichtigste Anlaufstelle Diesbezüglich wurde 2014 auch tribsräte eingeführt.

18.610
Beratungen

IMMER AUF DER SICHEREN SEITE

80 % der Mittel für die AK Mitglieder



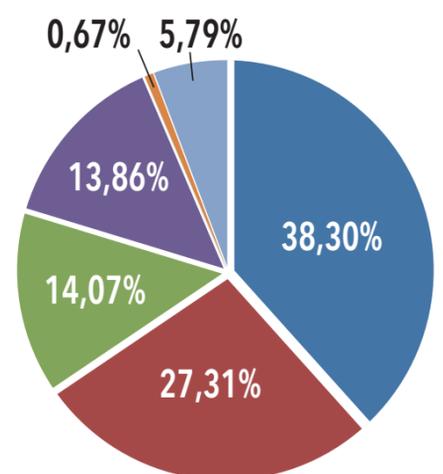
Die Einnahmen aus den Beiträgen der Arbeitnehmer werden sorgsam und effizient verwendet. Das zeigt die AK Leistungsübersicht 2015. Mehr als zwei Drittel der Mittel wurden für Beratung, Service und Vertretung der Arbeitnehmer aufgewendet. Dafür stehen exzellente Experten zur Verfügung. Weitere rund 12 % kamen den AK Mitgliedern zugute, durch direkte finanzielle Zuwendungen z. B. für Stipendien, Ausbildungsbeihilfen und für akute Notfälle.

- Beratung, Service, Vertretung
- Direkte Zuwendungen
- Selbstverwaltung
- Rücklagen, Rückstellungen
- Umlageneinhebung
- Beitrag Bundesarbeitskammer

So werden die AK Beiträge eingesetzt

Beratung, Service und Vertretung werden in der AK Tirol großgeschrieben. Dabei stehen Hilfe und Rechtsschutz im Arbeits- und im Sozialrechtsbereich an erster Stelle (38,3 %), gefolgt vom Konsumentenschutz, der Wirtschafts- und Umweltpolitik (27,31 %). Für die Beratung und Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer-Familien werden 14 % aufgewendet. Ergänzt wird das Angebot durch eine Fülle an Informationen und Infoveranstaltungen.

- Service Arbeits- und Sozialrecht
- Beratung Konsumentenschutz
- Aus- und Weiterbildung
- Informationsangebote
- Grundlagenarbeit
- Infoveranstaltungen, Aktionen



Zum Kaufen verführt



Sie wundern sich, warum der Einkaufswagen schon wieder halbvoll ist, obwohl Sie doch nur einige wenige Produkte besorgen wollten? Wussten Sie, dass bis zu 70 % der Käufe ungeplant sind? Warum das so ist? Die Antworten finden Sie in der AK Broschüre „Zum Kaufen verführt“. Sie gibt eine Einführung in die Tricks der Marketingstrategien und zeigt – auch anhand von Beispielen, mit welchen Mitteln Kauflust geweckt werden soll. Der Leitfaden enthält zudem viele praktische Tipps, wie man die Kniffe umgehen kann. Einfach anfordern unter 0800/22 55 22 – 1836 oder herunterladen auf ak-tirol.com

Infos für junge Konsumenten



Kinder und Jugendliche sind durch das Gesetz – je nach Alter – vor Gefahren, die auf Konsumenten lauern, besonders geschützt. Gerade im Internet warten viele Fallen. Die aktuelle Broschüre der AK Tirol „Junge Konsumenten“ bringt Infos zu Konsumenten- und Datenschutz, Altersgrenzen bei Verträgen, Kostenfallen bei Handys, Facebook und zu dem großen Angebot der AK Bibliothek für junge Menschen. Die „3 goldenen Regeln“ der AK Tirol sind ebenso enthalten wie viele Tipps – die wirken! Broschüre einfach gratis herunterladen auf ak-tirol.com oder telefonisch anfordern unter 0800/22 55 22 – 1836.

EMAIL ZU DARLEHEN

Außer Spesen nichts gewesen

Ob Verlust der Arbeit oder Erkrankung: Meist geht es Schlag auf Schlag und Familien geraten auch noch in finanzielle Bedrängnis. Denn die Kosten fürs Wohnen und andere finanzielle Verpflichtungen bleiben.

Manchem könnten da eMails mit verlockenden Darlehensangeboten wie ein rettender Strohalm erscheinen. „Schnelles Bargeld ohne Bonitätsprüfung zu unglaublichen Konditionen“ – so oder so ähnlich wird den Empfängern eine schnelle Lösung vorgegaukelt, sogar für Darlehen in Millionenhöhe. Oft in schlechtem Deutsch und ohne Angaben zum kreditgebenden Unternehmen.

„Wer da skeptisch wird, hat den richtigen Riecher“, betonen die AK Konsumentenschützer. „Denn meist stecken Betrüger dahinter, die aus dem Leid der Betroffenen Kapital schlagen möchten.“ Wer auf die erhoffte Geldspritze wartet, der wartet vergebens. Stattdessen werden von ihm mit allerlei vorgeschobenen Gründen Vorauszahlungen verlangt – und das mehrfach und zum Teil über Nachrichtendienste wie WhatsApp. Dabei werden mehrere 100 bis zu einige 1.000 Euro gefordert.

„Falls Sie schon in die Falle getappt sind, dann leisten Sie auf keinen Fall irgendwelche Zahlungen“, raten die AK Experten. „Vom Darlehen sehen Sie trotzdem keinen Cent, und es ist absolut aussichtslos, die Vorabgebühren zurück zu bekommen.“ Oft bleibt nur die Betrugsanzeige bei der Polizei. Die Chancen, die Täter zu finden, sind aber verschwindend gering.

AK Tipp: Besser andere Auswege suchen. Vielleicht hilft sogar eine Person aus dem privaten Umfeld mit einem Darlehen aus. Erkundigen Sie sich bei Banken über Kreditmöglichkeiten oder beim Arbeitgeber über einen Gehaltsvorschuss. Sollte bereits eine Verschuldung vorliegen, kann die Schuldnerberatung helfen.

Die AK Experten beraten unter 0800/22 55 22 – 1818.

Routenplaner als Abo-Falle

Ärger. Kaum ein Tag, an dem die AK Konsumentenschützer nicht von einer neuen Internet-Abzocke erfahren. Den Betroffenen wird geholfen, andere werden gewarnt.



Frau M. fiel aus allen Wolken. Ein Inkassoinstitut forderte von ihr dreist einen Betrag in der Höhe von 500 Euro für eine angeblich abgeschlossene Abo-Mitgliedschaft über 24 Monate.

Was war passiert? Frau M. hatte auf der Suche nach einem Routenplaner im Internet gesurft und war auf die Website routenplaner-24.info geraten. Zwecks notwendiger Registrierung und zur Teilnahme an einem Gewinnspiel wurde sie nach

ihrer eMail-Adresse gefragt, die sie auch bekannt gab. Sie hatte den Besuch der Website schon längst vergessen, als plötzlich eine Forderung in Höhe von 500 Euro (!) für eine angeblich abgeschlossene Mitgliedschaft über 24 Monate ins Haus flatterte.

Routenplaner erweisen sich häufig als Abo-Fallen und werden in der Reisezeit gerne von Konsumenten angeklickt, leider oft mit lästigen Folgen.

Wie im Falle von Frau M. Schnell war ein Inkassobüro zur Stelle und mahnte mit Nachdruck die 500 Euro sowie zusätzliche Kosten von 20 Euro ein. Mit einem „Häkchen“ bei „Nutzungsbedingungen akzeptieren“ habe die Kon-

sumentin die sündteure Mitgliedschaft abgeschlossen, wurde behauptet.

Frau M. wandte sich in ihrer Verzweiflung an die AK Konsumentenschützer und diese konnten Entwarnung geben: Es bestand keine Zahlungsverpflichtung für die verunsicherte Konsumentin. Die Website routenplaner-24.info hat gegen zahlreiche gesetzliche Bestimmungen und Informationspflichten verstoßen, sodass kein rechtswirksamer kostenpflichtiger Vertrag abgeschlossen wurde und die geltend gemachten Forderungen nicht rechtens sind.

Konsumentenschützer helfen. So gab es etwa keinen klaren Kostenhinweis für ein 24-Monats-Abonnement, sodass bereits deshalb keine Zahlungsverpflichtung bestand. Zudem hieß es auf dem Feld, in dem die eMail-Adresse einzugeben ist, schlicht „registrieren“ und nicht, wie vom Gesetzgeber gefordert, „zahlungspflichtig bestellen“ (bzw. eine ähnlich klare Formulierung). Dadurch musste Frau M. nicht von einem kostenpflichtigen Angebot ausgehen. Auch deshalb bestand keine Verpflichtung, der Forderung nachzukommen.

Die Konsumentenschützer machten dem Unternehmen die Rechtslage klar und Frau M. konnte schließlich aufatmen: Die Forderung wurde storniert und die Konsumentin musste nichts bezahlen.

Kampf der Internet-Abzocke. Die AK Konsumentenschützer helfen Betroffenen und warnen dank der Erfahrungsberichte auch andere Verbraucher.

NEWS ERNÄHRUNG

Richtig Essen in der Arbeit

Wie können sich Arbeitnehmer gesund ernähren? Die „6-5-4-3-2-1-Regel“ ist für alle anwendbar. Mit 6 Portionen Getränke, 5 Portionen Obst und Gemüse (eine Portion = eine Handvoll), 4 Portionen Getreideprodukte, 3 Portionen Milchprodukte, 2 Portionen Fett, 1 Portion Fleisch, Fisch oder Eier und eventuell noch 1 Portion Süßigkeiten oder Knabereien kommt man gut über den Tag. Für zwischendurch eignet sich Obst oder Gemüse der Saison, oder auch Trockenfrüchte stillen den Gusto. Trinken macht fit. Flüssigkeitsmangel macht sich durch Müdigkeit, Kopfschmerz und Kreislaufbeschwerden bemerkbar. 1,5 bis 2 Liter an kalorienarmen Getränken sollten pro Tag getrunken werden. Frühstücksmuffel haben bereits um 9 Uhr eine geringere Leistungsfähigkeit als jemand, der gefrühstückt hat.

Preisfrage Kfz-Pickerl

AK Erhebung. Preisunterschiede von bis zu 182 % ergab der aktuelle Test. Deshalb am besten mehrere Angebote einholen.

Wussten Sie, dass Sie sogar bei der Kfz-Pickerlüberprüfung, der sogenannten § 57a-Begutachtung, bares Geld sparen können? Die Konsumentenschützer der AK Tirol haben im Mai und im Juni 2016 tirolweit bei Autowerkstätten schriftlich die aktuellen Preise erhoben. Das Ergebnis sind beachtliche Preisunterschiede von bis zu 182 %!

Die wichtigsten Ergebnisse

- Bei Autos mit **Benzinmotoren** etwa verlangt der billigste Anbieter 31,90 Euro, der teuerste 90 Euro. Im Durchschnitt kostet das Pickerl inklusive Plakette (ohne Service) 51,86 Euro.
- Bei Fahrzeugen mit **Dieselmotoren** variieren die Preise zwischen 36,90 Euro und 94,80 Euro.

Der Durchschnittspreis für das Pickerl inklusive Plakette (ohne Service) liegt bei 54,41 Euro.

- Der **ÖAMTC** verrechnet Mitgliedern 37,90 Euro, der **ARBÖ** 42,95 Euro – sowohl für Benzin- als auch für Dieselmotoren.

AK Tipps

- Vergleichen Sie die Preise und bedenken Sie, dass viele Vertragswerkstätten auch Fremdmarken überprüfen bzw. reparieren.
- Fragen Sie nach, ob Ihre Werkstätte die Pickerlüberprüfung gratis macht, wenn Sie gleichzeitig ein Service durchführen lassen.

Die tirolweite Erhebung soll den Verbrauchern als Orientierungshilfe über das unterschiedliche Preisgefüge der Werkstätten dienen. Insgesamt 124 Anbieter retournierten

ihre vollständig ausgefüllten Fragebögen, diese konnten für die Auswertung herangezogen werden. Die AK Tirol bedankt sich bei allen Firmen, die an der Erhebung aktiv mitgewirkt haben. Die vollständige Preiserhebung sowie eine Bezirksübersicht sind auf ak-tirol.com abrufbar.

Satte Unterschiede. Autobesitzer sollten bei mehreren Werkstätten nach dem Preis fürs Pickerl fragen.



Foto: satware AG/Fotolia.com

Ich bin dann mal weg ...

Gute Reise. Sandstrände, soweit das Auge reicht. Ein Städtetrip. Oder ein Ferienparadies ganz in der Nähe. So verschieden die Urlaubsziele sind, so vielfältig können die Fragen und Probleme rund um Buchung, Unterkunft, Flug etc. sein. Mit den Tipps der AK Reiserechterspezialisten sind Sie gut informiert.

Tolle Bilder und schöne Erinnerungen möchten Urlauber mit nach Hause nehmen. Mit den Top Ten, zusammengestellt von den Profis der AK Tirol, können Sie Enttäuschungen und so manche Abzocke vermeiden.

Vergleichen. Lesen Sie vielversprechende Angebote besonders aufmerksam: „Meerblick“ und „Strandnähe“ müssen nicht bedeuten, dass das Hotel direkt am Strand liegt. Im Zweifel beim Reisebüro nachfragen und Unterlagen zum Beweis aufbewahren.

Buchen. Klären Sie ab, ob es sich beim Angebot um eine Pauschalreise handelt. Wenn Sie aber Hotel, Flug oder andere Leistungen einzeln buchen, haftet jedes Unternehmen nur für seine eigene Leistung. Zudem ist keine einheitliche Insolvenzabsicherungspflicht vorgeschrieben.

Online. Beim Buchen im Internet penibel sein: Eingabefehler verursachen oft zusätzliche Kosten, und wenn die Daten nicht mit jenen im Reisepass übereinstimmen, kann die Airline die Beförderung verweigern. Kontrollieren Sie alle Infos zum Reiseveranstalter und prüfen Sie vor Bekanntgabe Ihrer Kreditkartennummer, ob er eine Insolvenzabsicherung hat. Gleich nach der Buchung müssen Sie eine schriftliche Bestätigung erhalten.

Pass, Visum & Co. Auf bmeia.gv.at, der Homepage des Außenministeriums, finden Sie Infos zu Sicherheit, Einreisebestimmungen für österreichische Staatsbürger etc. Zu

Pass- und Visumbestimmungen, Fristen und Versicherungen muss auch das Reisebüro informieren.

Gesundheit. Mit der E-Card haben Sie Anspruch auf unverzüglich notwendige Sachleistungen. Reiseunfall- und Heimtransportversicherung sind gute Ergänzungen. Eine Reisekrankenversicherung übernimmt Kosten, die die gesetzliche Versicherung nicht abdeckt. Für exotische Länder Hygiene-Tipps und Impf-Empfehlungen beachten.

Storno. Wer die Reise nicht antreten kann oder will, muss Stornogebühren zahlen. Je kurzfristiger die Absage, desto höher fallen sie aus und können bis zu 100 % betragen. Eine Stornoversicherung gilt nur für bestimmte Fälle, wie eine plötzliche Erkrankung. Keine Stornogebühren dürfen verrechnet werden, wenn sich nach dem Buchen wesentliche Umstände ändern, etwa durch Terrordrohung oder Naturkatastrophen, oder wenn das Reiseunternehmen die Leistung einseitig erheblich ändert. Hier können Reisende Preisminderung und Schadenersatz fordern.

Flug & Gepäck. Verschiedenste Bestimmungen regeln die Rechte der Passagiere von Flugzeug, Schiff, Bahn oder Bus. Flugpassagiere sind per EU-Verordnung bei Annullierung, Nichtbeförderung und Verspätung von Flügen geschützt. Sie haben Anspruch auf Betreuungsleistungen, alternative Beförderung bzw. pauschale Ausgleichszahlungen. Diese betragen je nach Strecke 250, 400 oder 600 Euro pro Passagier. Ansprechpartner ist die Airline, die den Flug ausführt bzw. ausführen sollte. Der Schaden durch ver-

spätetes oder beschädigtes Gepäck ist von der Airline zu ersetzen, die das Flugticket verkauft hat, bei Pauschalreisen vom Veranstalter. Die Fristen sind kurz: Bei Beschädigung 7 Tage, bei Verspätung 21 Tage ab Rückgabe des Gepäckstücks. Infos liegen auf allen Flughäfen in der EU und bei den Airlines auf.

Reisekasse. Innerhalb der Eurozone fallen bei der Bargeldbehebung mit der Kreditkarte Spesen an. Bei Bargeldbehebung mit der Bankomatkarte dürfen maximal die Spesen verrechnet werden, die bei der Behebung im Inland anfallen. Bei Reiseschecks werden beim Kauf und beim Einlösen Spesen verrechnet, dafür werden sie bei Verlust ersetzt, sofern man die aufgedruckte Nummer angeben kann. Notieren Sie alle Servicenummern, um Ihre Karten sperren zu lassen.

Flop. Von gruseligem Essen bis zum verdreckten Pool: Bei Problemen vor Ort Verbesserung verlangen. Hilft das nicht, Mängel mit Fotos, Videos, Zeugen oder einer Bestätigung des Reiseleiters dokumentieren. Sie können bis 2 Jahre nach der Reise Preisminderung fordern, auch ein Ersatz für finanzielle Schäden oder entgangene Urlaubsfreuden ist möglich.

Souvenirs. Innerhalb der EU können Sie unbegrenzt Waren für den Eigenbedarf kaufen und importieren. Für Tabakwaren und Alkoholika gibt es Richtwerte, die bei Darlegung des Eigenbedarfs überschritten werden können. Die Freigrenzen finden Sie auf der Seite des Finanzministeriums oder über die dort bereitgestellte App bmf.gv.at/kampagnen/bmf-zoll-app.html

Telefonieren und surfen im Urlaub

Mitte Juni 2017 dürften die Roaming-Aufschläge für Telefonieren und Internet in der EU endgültig fallen. Heuer sind die Kosten durch die neue Roaming-Verordnung erneut gesunken. Freieinheiten werden nun auch beim Roaming verbraucht. Zusätzlich kann der Anbieter einen maximalen Aufschlag je Minute, SMS oder MB verrechnen. Sind die Freieinheiten aufgebraucht oder hat man gar keine, wird pro Minute, SMS oder MB abgerechnet. Zum Inlandstarif können Aufschläge anfallen, die einen Maximalbetrag nicht überschreiten dürfen. **Achtung:** Auf Schiffen und in Flugzeugen gilt die Roaming-Verordnung nicht! Und in Nicht-EU-Ländern sind die Aufschläge nach wie vor sehr hoch.

AK Tipps

- Die Roaming-Verordnung gilt automatisch, man kann aber auch drauf verzichten, etwa bei Abschluss eines Roaming Pakets. Bei der Entscheidung hilft es, Preise zu vergleichen und das eigene Nutzungsverhalten zu berücksichtigen
- Im Nicht-EU-Ausland SMS schreiben statt telefonieren!

Alle Infos für Pool und Palmen

Vergessen Sie beim Kofferpacken nicht auf die neue AK Broschüre „Tipps für einen unbeschwerten Urlaub“ mit allen Infos aus arbeits- und konsumentenrechtlicher Sicht. Anfordern unter 0800/22 55 22 - 1432 oder auf ak-tirol.com

Die AK Experten helfen unter 0800/22 55 22 - 1818 Mehr auf ak-tirol.com



Schutzhaus im Außerfern

Service. Die Fachleute und Funktionäre der AK Reutte kümmern sich um die Arbeitnehmer im Bezirk. In der erweiterten Bezirkskammer finden die Außerferner Beschäftigten Hilfe.



Kompetentes Team: AK Präsident Erwin Zangerl (3. v. li.), Andrea Schennach, Bezirksstellenleiterin Dr. Birgit Fasser-Heiß, Mag. Thomas Kramer, Mag. Martin Reiter, Anita Weirather und Cornelia Berkold (v. li.)

Das Motto „Ganz nah für Sie da!“ hat die Tiroler Arbeiterkammer wörtlich genommen und auch die Bezirkskammer in Reutte in knapp einjähriger Bauzeit zu einem wahren Dienstleistungszentrum ausgebaut: In diesem Zentrum stehen die AK Referenten den Ratsuchenden unterstützend zur Seite! Und zwar

für alle Fragen, die sich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bezirk täglich stellen.

Erweiterung nötig. Das erweiterte und modernisierte Außerferner Schutzhaus muss bereits in den ersten Wochen seine Bewährungsprobe bestehen. Die speziell geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

stehen derzeit im Dauereinsatz für die Rat- und Hilfesuchenden. Der große Ansturm auf die Beratungs- und Serviceleistungen der AK sowie auf die Ausbildungsangebote des BFI zeigt auch, wie nötig diese Erweiterung der Bezirkskammer war. Jetzt kümmern sich mehr Experten um die Außerferner Mitglieder und dafür wurde auch mehr

Platz geschaffen. Alle Zugänge wurden barrierefrei gestaltet, die Veranstaltungsebene erweitert und ein eigener Bereich für Sprechstage errichtet. Zudem gibt es mehr Platz für die Beratung, für die Aus- und Weiterbildung im BFI und für den ÖGB, der ebenfalls neue Räume bekommen hat.

Vom neuen Service-Center konnten sich die Arbeitnehmer-Familien anlässlich der offiziellen Eröffnung ein Bild machen. Im Beisein von LR Beate Palfrader, zahlreicher Bürgermeister, Gemeinderäte, Sozialpartner, Betriebsräte und Kammerräte sowie der gesamten AK Führung wurde die Bezirkskammer von BM Alois Oberer und AK Präsident Erwin Zangerl eröffnet und erhielt von Dekan Franz Neuner den Segen. Im Anschluss wurde im Rahmen des Tages der offenen Tür ein großes Arbeitnehmer-Fest abgehalten.

INFO Persönlich beraten die Expertinnen und Experten der AK Reutte, Mühlstraße 22, von Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr sowie Montag von 14 bis 16 und Mittwoch von 13 bis 17 Uhr. Telefonische Auskünfte erhalten Sie Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr und Montag bis Donnerstag von 13 bis 16.30 Uhr unter der kostenlosen Hotline 0800/22 55 22 - 3650.

AK IN REUTTE

Voller Einsatz bei Beratung

Der Hauptanteil der Beratungen liegt im Arbeitsrecht, gefolgt von Sozial- und Steuerrecht. Aber auch die Zahl an Hilfestellungen im Pensionsrecht, bei Miet- und Wohnrecht, Konsumentenschutz sowie Bildung sind konstant hoch. Wo dies möglich ist, wird rasch und unbürokratisch gleich am Telefon Auskunft erteilt. In schwierigeren Fällen werden Fakten erhoben, Hintergründe beleuchtet, Rechtsgrundlagen geprüft und Lösungsansätze erarbeitet. Es werden Interventionen vorbereitet und wenn es nicht anders geht, muss auch vor Gericht gegangen werden. Allein im abgelaufenen Jahr erkämpfte die AK Reutte knapp 500.000 Euro für die Außerferner Arbeitnehmer. Neben dem Arbeitsrecht wurden auch zahlreiche Fälle im Konsumentenrecht erfolgreich abgeschlossen, sodass in den überwiegenden Fällen eine positive Lösung für die betroffenen AK Mitglieder erzielt werden konnte.

Starke Bilanz

Insgesamt fanden in der AK Reutte im Jahr 2015 mehr als 8.500 Beratungen statt – allein 4.440 davon bei persönlichen Gesprächen: Knapp 2.220 betrafen das Arbeitsrecht, 1.110 das Sozial- und Pensionsrecht, knapp 500 den Konsumentenschutz und rund 250 das Wohn- und Mietrecht. Auch in Fragen der Aus- und Weiterbildung zeigten sich die Außerferner Arbeitnehmer mit knapp 200 Beratungen höchst interessiert. Außerdem besuchten knapp 500 Interessierte die Info-Vorträge zu den unterschiedlichsten Themen.

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA:

LEISTBARES WOHNEN IN TIROL

Erwin Zangerl, AK Präsident

Viele Bausteine für leistbares Wohnen

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Wohnen ist Grundbedürfnis und Menschenrecht. Trotzdem müssen die Tiroler bereits 35 bis 45 % ihres Lohns allein dafür aufwenden. Die AK Tirol hat diese dramatische Entwicklung mehrfach aufgezeigt.

Im letzten halben Jahr erarbeiteten die Sozialpartner AK, Industriellenvereinigung, Landwirtschaftskammer, ÖGB und WK ein fünfseitiges Impulsprogramm. Die einzelnen Bausteine sind nicht neu: Zweckbindung der Wohnbauförderung, ein Programm zum Senken der Baukosten, Wiedereinführung des „Besonderen Mietwohnbaus“, eine neue Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“, Verdichtung bei bestehenden Gebäuden, zwei neue Studentencampus in Innsbruck mit 1.500 Wohnplätzen etc. Außerdem bekennen sich die Sozialpartner zum sozialen Wohnbau und fordern bis 2020 zusätzliche 500 Wohnungen pro Jahr. Bei der Übergabe des Impulsprogramms sicherte LH Platter den Sozialpartner-Spitzen zu, dass die Situation rasch gemeinsam verbessert wird – auf Basis des Sozialpartner-Papiers. Und LR Tratter versprach zusätzlich zum Wohnbaubudget 53 Millionen Euro. Jetzt müssen Taten folgen, damit Tirol nicht noch stärker zum Spekulationsland wird.

Günter Mayr, Fraktionsvorsitzender

Es braucht Maßnahmen gegen steigende Mieten

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen



Wohnen wird in Tirol immer häufiger zum Luxus! Die Mieten, vor allem bei privaten Mietwohnungen, sind in den letzten sechs Jahren explodiert. Mittlerweile ist der private Wohnungsmarkt

nicht mehr leistbar. Vor allem junge Menschen, die am Anfang des Erwerbslebens sind und wenig verdienen, stehen vor dem nahezu unlösbaren Problem, eine leistbare Wohnung zu finden. Es braucht klare Regeln zur Begrenzung von Mieten. Eine Zweckbindung der Wohnbauförderung und all ihrer Rückflüsse zur Sicherung des sozialen Wohnbaus ist notwendig. Ohne diese Maßnahmen werden die Mieten weiter steigen. Auch die Gemeinden sind gefragt. Sie müssen bei der Baulandmobilisierung einen fixen Anteil an zu widmendem Grund dem sozialen Wohnbau zur Verfügung stellen, damit dieser nachhaltig gesichert werden kann. Daneben treiben auch die Baukosten die Preise in die Höhe. Es ist sehr wohl möglich, bei einzelnen Parametern zu sparen – es fehlt nur an der Bewusstseinsbildung! Das Land Tirol muss schleunigst ein soziales Sonder-Wohnbauprogramm in Angriff nehmen. Denn Wohnen ist ein Grundbedürfnis, das nicht zum Spekulationsobjekt werden darf!

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

Gut und leistbar wohnen ohne Kostentreiber

Grüne in der AK



Billigeres und damit leistbares Wohnen ohne großen Qualitäts- und Komfortverlust um 5 Euro pro m² ist möglich. Dass das kein Hirngespinnst ist, wird gerade in einer neuen Wohnanlage in Schwaz bewiesen.

Wenn die Grundstückspreise im Rahmen bleiben, können mit vernünftiger Planung und dem Verzicht auf aufwändige Außenanlagen, großzügige Keller, Tiefgaragen und Autoabstellplätze die Kosten spürbar gesenkt werden. Mit bewährten, aber einfachen Mitteln kann beim Bau selbst gespart werden. In der Regel ist dann auch noch einiges bei den Betriebskosten drin. Indirekter Kostentreiber ist aber auch die Lage mit schlechter oder gar keiner Anbindung an die öffentliche Infrastruktur. Gerade Häuslbauer nehmen für die Erfüllung ihres Traumes oft hohe Zusatzkosten für die Mobilität in Kauf. Die Politik kann einiges machen, aber persönliche Wünsche an Lage, Größe und Ausstattung kosten einfach. In Zukunft wird es auch neue gemeinschaftliche Wohnformen brauchen. Flexible Wohnraumgrößen – abhängig von der Lebenssituation, vermehrte gemeinschaftliche Nutzung des Raumes und von Dingen und generell mehr Zusammenleben und Teilen.

Franz Ebster, Fraktionsobmann

Landesregierung muss ihre Aufgaben erfüllen

Freiheitliche Arbeitnehmer in der AK



Preisexplosionen können Wohnträume zum Einsturz bringen“ (Helmut Glaßl 1950, Thüringer Aphoristiker). Viele Tirolerinnen und Tiroler spüren die Preisexplosionen auf dem Immobilienmarkt. Die

Ankündigungsmeister der Tiroler Landesregierung geben regelmäßig Statements ab, in denen die Wichtigkeit von leistbarem Wohnraum betont wird. Bisher wurde dadurch „Wohnen in Tirol“ nicht leistbarer. Die kürzlich erfolgte Zinsanpassung für Wohnbaurdarlehen, ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Landesregierung muss endlich ihre Aufgabe erfüllen. Die teilweise schon Jahrzehnte gewidmeten Grundstücke, die als Spekulationsobjekte benutzt werden, die Übellaunigkeit von verschiedenen Gemeinden, mit Wohnbaugenossenschaften (nicht) zu arbeiten, das viele Geld, das in der Finanzkrise eine Heimat (Immobilienmarkt) sucht, werden die Situation zusätzlich verschärfen. Ein Lösung wäre: Die Landesregierung erhebt bis Ende 2016 den Bedarf an leistbarem Wohnraum. Danach werden die Kommunen verpflichtet, Grundstücke zu erwerben, mit den Wohnbaugenossenschaften geeignete Projekte zu erstellen und zu vernünftigen Preisen anzubieten.

INFOS AK ANGEBOTE

Mit Rückenwind in den Herbst



Zum Kulturprojekt nach Cornwall.

Ob Umbruch-Phase oder berufliche Orientierung: Mit ihren Rückenwind-Projekten konnte die AK Tirol schon hunderte junge Tiroler zwischen 17 und 30 Jahren unterstützen.

Wer noch auf der Suche nach der richtigen Herausforderung im Sozial-, Umwelt- oder Kulturbereich ist, sollte sich jetzt schon für die nächsten freien Plätze im Herbst bewerben: Ihr habt die Wahl zwischen einem Kultur- und Fotoprojekt in Cornwall (10. bis 30. September), einem Gartenprojekt in Galizien (14. September bis 13. Oktober), bei dem die Nachhaltigkeit im Mittelpunkt steht, oder ihr helft mit beim Wegebau in Ungarn (15. Oktober bis 5. November).

Jeder kann mitmachen, Anreise, Unterkunft, Verpflegung, Sprachkurs und Taschengeld werden vom EU-Programm Erasmus+ und der AK Tirol finanziert. Mehr Infos gibts unter Tel. 0800/22 55 22 - 1212 oder rueckenwind@ak-tirol.com

Pflegedagebuch anfordern

Die Pflege eines Angehörigen zuhause bedeutet immer eine große physische und emotionale Herausforderung. Weil das Pflegegeld für die Betroffenen meist eine wichtige finanzielle Unterstützung ist, hat die AK Tirol in Zusammenarbeit mit der Plattform Mobile Pflege Tirol das Pflegedagebuch neu aufgelegt. Damit können Sie den regelmäßigen Betreuungsaufwand und die Art der Hilfe festhalten und diese Dokumentation bei der Einstufung fürs Pflegegeld vorlegen. Sie erhalten das Pflegedagebuch kostenlos unter 0800/22 55 22 - 1644 oder auf ak-tirol.com



Jubiläum. Der 13. April 1946 war ein denkwürdiger Tag für die Tiroler Arbeitnehmer: Vor 70 Jahren konstituierte sich die Arbeiterkammer Tirol in der Zweiten Republik neu.



* Brotverteilung durch die Arbeiterkammer in Volders, Winter 1931/32
kleines Bild: Adaptierung des Kammergebäudes in der Innsbrucker Maximilianstraße, 1930/31

70 Jahre Erfolgsgeschichte

Große Aufgaben sind es, die ihnen bevorstehen – mit diesen Worten begrüßte vor 70 Jahren der damalige LHStv. Dr. Hans Gamper die Kammerräte der AK Vollversammlung im Beisein des Gouverneurs der französischen Besatzung sowie des Innsbrucker Bürgermeisters Dr. Anton Melzer. Und weiters führte er aus: „Unsere Wirtschaft liegt am Boden, sie muss wieder aufgebaut werden, soll der Arbeiter in Zukunft leben. Unsere soziale Gesetzgebung muss wieder aufgebaut und erweitert werden. Die Vorschläge hierzu müssen von Ihrer Initiative ausgehen, und dass die Vorschläge auch Gesetzeskraft annehmen, dafür werden Sie mit dem vollen Einsatz Ihrer Kraft sorgen müssen.“

Neubeginn. Josef Wilberger stellte als erster AK Präsident in der 2. Republik damals fest: „Es sind nicht nur die Trümmer der zerstörten und ausgebrannten Häuser, die zu beseitigen sind. Die ganze Wirtschaft, Kultur in jeder



Josef Wilberger. Für den ersten AK Präsident der 2. Republik stand die menschliche Arbeitskraft an erster Stelle.

Spielart und vor allem auch die Ethik sind ein Trümmerfeld. Die Interessen der Arbeiterschaft sind vielfältig, auf allen Lebensgebieten ist ihre Geltendmachung und Vertretung notwendig, aber das primäre, das notwendige, das brennende Problem ist der Wiederaufbau der Wirtschaft und dabei steht für uns

die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft an erster Stelle.“

AK Präsident Erwin Zangerl erinnerte anlässlich der jüngsten AK Vollversammlung daran, dass der damalige Auftrag im Sinne der Tiroler Arbeitnehmer bestmöglich erfüllt wurde. Zangerl: „Die letzten 70 Jahre waren eine Erfolgsgeschichte für die Tiroler Arbeitnehmer. Der Schutz der Beschäftigten, das Arbeitsrecht, das Sozialrecht, der Arbeitnehmerschutz und der Konsumentenschutz wurden auf Basis unzähliger Vorschläge und Initiativen der AK ausgebaut. Unsere Mitglieder erhalten kostenlos Know-how und bei Bedarf auch Rechtsvertretung durch Experten. Und die österreichische Form der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft hat wesentlichen Anteil daran, dass Österreich zu den zehn wirtschaftlich reichsten und friedlichsten Ländern der Erde gehört.“

Herausforderung. Ausruhen auf dem, was man erreicht hat, könne man sich aber nicht, so der AK Prä-

sident: „Immer noch werden Arbeitnehmervertretungen in Frage gestellt, sobald es um gerechte Löhne, Chancengleichheit und Mitsprache im Betrieb geht. Die Steuerflucht, die Konzentration des Kapitals, die Frage der gerechten Besteuerung von Arbeit und Vermögen, aber auch der massive Strukturwandel in der Wirtschaft werden uns in nächster Zeit vor große Herausforderungen stellen. Auf eines werden wir mit Sicherheit achten: Es darf zu keiner Spaltung unserer Gesellschaft kommen. Denn unser aller Wohlstand beruht auf Toleranz, auf Solidarität, dem fairen sozialen Ausgleich und der gegenseitigen Wertschätzung. Diese demokratischen Werte gilt es zu sichern und auszubauen.“

Diesbezüglich verweist Zangerl auf eine Aussage Wilbergers während der ersten Vollversammlung 1946: „Wir können den Geist des Nazismus, wie überhaupt den Geist jeglicher Gewalt nur dann ausrotten, wenn wir den Menschen ein geordnetes und friedliches Leben ermöglichen.“

Kalte Progression bei Bildungsbeihilfen

Handlungsbedarf. „Beihilfe – leider nein!“, heißt es seit 2016 für immer mehr Schüler, Lehrlinge und Studenten. Denn die Einkommensgrenzen für die Zuschüsse wurden nicht angepasst. Die AK handelt und fordert rasche Abhilfe.

Bildung – so lautet seit Jahren das Zauberwort, wenn es um die Aussicht auf einen Arbeitsplatz geht. Doch Bildung kostet und wie sie zu finanzieren ist, darüber wird vielfach geschwiegen. Für die AK Tirol ist Bildung kein leeres Schlagwort: 1,7 Millionen Euro betrug die Bil-

dungsförderung, mit der 2015 hundert Mitgliedern unter die Arme gegriffen wurde. Geld, das für jeden Einzelnen dringend notwendig ist, noch dazu, da die Beihilfen im Sinken begriffen sind. Bei der Ursache dafür lässt Schilda grüßen! Dank Lohnsteuerreform, die AK und ÖGB durchsetzen konnten, ist mit 2016 endlich das Nettoeinkommen der Familien gestiegen.

Aber die Einkommensgrenzen für den Bezug von Bildungsbeihilfen wurden nicht angepasst. So fallen plötzlich viele Familien um einkommensabhängige Beihilfen um. Die Folge ist noch mehr Bildungsungerechtigkeit.

Auch in der AK Tirol wird beim größten Teil der Bildungsbeihilfen das Nettoeinkommen berücksichtigt. Damit es eben nicht zu jenen Ungerechtigkeiten im Fördersystem

kommt, passt die AK Tirol jedoch mit 1. September die Förderungen an die erhöhten Nettoeinkommen an: Die Einkommensgrenzen für Beihilfen von Schülern, Lehrlingen und Studenten werden um 5,6 % erhöht, wobei sowohl die durchschnittliche Verbesserung durch die Steuerreform als auch die Inflation berücksichtigt wurden. Um eine Verschlechterung zu vermeiden, die sich unweigerlich auf den Arbeitsmarkt auswirken würde, fordert die AK die anderen Förder-

stellen auf, ebenfalls ihre Grenzen bei der Berechnung von Bildungsbeihilfen anzuheben, damit die Forderung nach Bildung eben nicht zu einem leeren Schlagwort verkommt.

Infos zu Beihilfen

Ab 1. September 2016 beginnt das neue Förderjahr. Bei Fragen zu Beihilfen oder Bildungsplänen geben die Experten der Bildungspolitischen Abteilung unter 0800/22 55 22 - 1515 oder bildung@ak-tirol.com gerne Auskunft.



Sparen bei Bildung. Durch die Lohnsteuersenkung ist zwar das Nettoeinkommen gestiegen, die Einkommensgrenzen für Beihilfen sind jedoch gleich geblieben. Viele fallen nun um notwendige Förderungen um.

AK SOMMERSCHULE

Anmelden bis 15. Juli

Nützt die letzte Gelegenheit und meldet Euch für die AK Sommerschule von 1. bis 26. August an! Damit stehen die Chancen gut, eine Wiederholungsprüfung zu schaffen und gut vorbereitet ins neue Schuljahr zu starten. Im BFI Tirol in Innsbruck und in den Bezirken unterrichten erfahrene Pädagogen in Kleingruppen die Fächer Deutsch, Mathematik, Latein, Englisch, Französisch, Italienisch und Rechnungswesen. Für Schüler ab der 5. Schulstufe. Kinder von AK Mitgliedern zahlen für ein Fach 195 und für zwei Fächer 295 Euro, alle anderen 275 bzw. 395 Euro. Gleich anmelden bis spätestens 15. Juli beim BFI Tirol in Innsbruck, Tel. 0512/59 6 60, oder in den Bezirken! Mehr auf ak-tirol.com

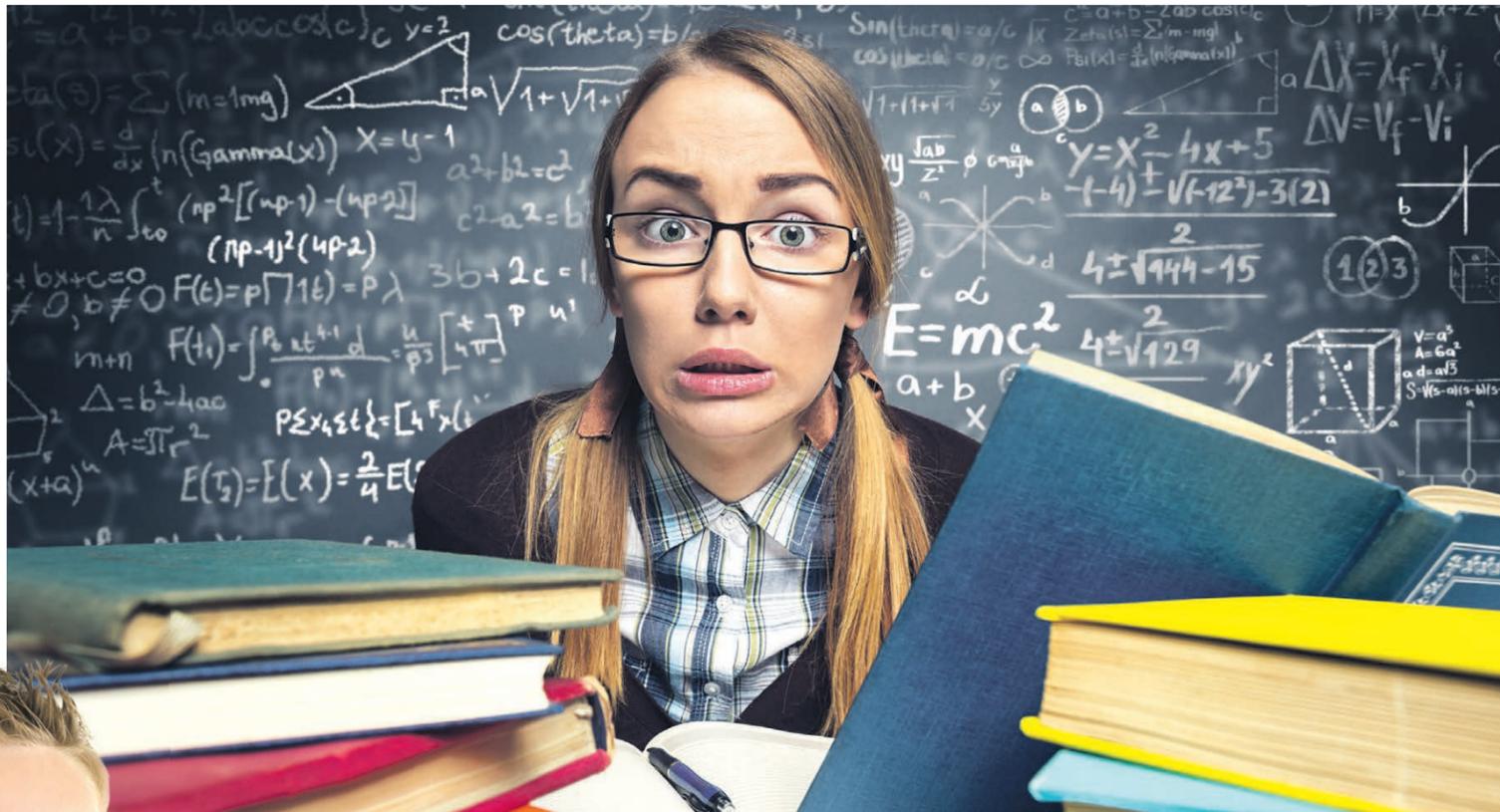


Foto: Igor Mojzes/Fotolia.com

Auf ins AK Bilderbuchkino!

Lust auf Lesen. Zuhören und Mitfiebern ist angesagt, wenn ganze Gruppen von Kindern in der AK Bibliothek in Innsbruck spielerisch Geschichten und Sprache erleben.

Experten sind sich einig, Vorlesen und Lesen wirken sich auf die individuelle sprachliche und soziale Entwicklung von Kindern ganz besonders positiv aus. Deshalb unterstützt die AK Tirol auch die Leseförderung: Mit ihrem Bilderbuchkino, das schon viele kleine Besucher und deren Begleiter fasziniert hat.

Wie im Kino. Denn Bilderbücher sind eine bunte Schatztruhe zum Entdecken, Staunen, Lachen und Lernen. Sie ermöglichen erste Ausflüge in die Welt der Literatur und helfen, das

Leben zu begreifen. Beim Bilderbuchkino in der AK Bibliothek in Innsbruck werden Texte und Bilder zu einem besonderen Erlebnis: Wenn Kinder zwischen drei und acht Jahren Bücher wie im Kino präsentiert bekommen, sorgt dies bei den kleinen Besuchern stets für große Begeisterung.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AK Bibliothek lesen aus jeweils altersgerechten Bilderbüchern vor, oft auch mit verteilten Rollen. Dazu werden Zeichnungen an die Wand projiziert. So können die Inhalte nicht nur möglichst anschaulich vermittelt werden, die Kinder dürfen auch jederzeit beschreiben, was sie gerade sehen, und mitraten, wie die Geschichte weitergehen könnte. Und in Gesprächen und Rätseln, beim Basteln und Malen

werden die Eindrücke dann spielerisch aufgearbeitet. Das Bilderbuchkino in der AK Bibliothek in Innsbruck dauert rund eine Stunde.

Nach so viel Erlebtem, nach all dem Mitfiebern, Rätseln und Zeichnen darf natürlich auch eine Jause nicht fehlen, an der sich die kleinen Besucher stärken können.

Für Kindergruppen. Das neue AK Angebot richtet sich an Kinder-, Kindergarten- und Hortgruppen sowie Volksschulklassen. Damit möchte die AK Tirol bei Kindern schon möglichst früh die Freude am Lesen wecken und sie für Bücher und Bibliotheken als Erlebnis- und Lernorte begeistern. Weitere Infos unter 0800/22 55 22 – 1534 bzw. auf ak-tirol.com



Foto: Claudia Paulussen/Fotolia.com

IMPRESSUM



AK TIROLER ARBEITERZEITUNG - AK AKTUELL

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Medieninhaber und Herausgeber:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7
Redaktion: Dr. Elmar Schiffkorn, Mag. Christine Mandl, Gertraud Walch, Mag. Henrik Eder, Armin Muigg
Fotos: AK, www.fotolia.com
Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck, Ing. Etzelstraße 30

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25 (2): Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7; Präsident: Erwin Zangerl; Aufgabenstellung: Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die im Arbeiterkammergesetz 1992 BGBl. Nr. 626/1991 idGF festgehalten sind.

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Digitales Lesevergnügen

Grenzenlos. Die digitale AK Bibliothek begleitet Sie in den Urlaub. Egal ob nah oder fern, Ihre Lieblingslektüre ist dabei.

Nie mehr kiloweise Bücher schleppen, und trotzdem geht der Lesestoff nicht aus. Denn mit der digitalen AK Bibliothek sind Sie auch im Urlaub bestens versorgt. Ob Sie sich am See, am Meer, in den Bergen oder zu Hause erholen, auf das Angebot von insgesamt 35.000 eBooks, mp3-Hörbüchern oder eJournalen können Sie jederzeit bequem zugreifen und Ihre Lieblingslektüre ganz einfach auf Ihr Handy, Tablet oder Ihren PC herunterladen. Die Auswahl reicht von aktuellen Bestsellern über Krimis und Liebesromane bis hin zu Ratgebern, Sachbüchern und Fachzeitschriften. Und bei den mehr als 1.200 Hörbüchern ist garantiert für jeden das Passende dabei.

Lese-Tipps. Das Team der AK Bibliothek empfiehlt „Das



Foto: Paullista/Fotolia.com

Joshua-Profil“, einen Thriller von Sebastian Fitzek, oder den berührenden Roman „Das Geheimnis des Schneemädchens“ von Marc Levy.

Registrieren. Sollten Sie noch nicht Mitglied der AK Bibliothek sein, können Sie sich kostenlos auf ak-tirol.com registrieren und sofort eMedien herunterladen. Bei technischen Fragen helfen Experten gerne bei einer eMedien-Beratung in der AK Tirol in Innsbruck. Oder Sie wenden sich telefonisch unter 0800/22 55 22 – 1545 oder DW 1543 an das Team der AK Bibliothek. Mehr auf ak-tirol.com

Achtung: Nützen Sie im Ausland kostenlose WLAN-Angebote, um Roaming-Gebühren zu vermeiden!

AK BIBLIOTHEK

Führungen und Workshops nutzen

Mit ihrem umfangreichen kostenlosen Angebot an aktueller Informations- und Unterhaltungsliteratur möchte die AK Bibliothek möglichst viele Tirolerinnen und Tiroler ansprechen. Da ist es wichtig, dass sich die Besucher auch gut zurechtfinden.

Deshalb können sie an **Führungen** teilnehmen. Mitarbeiter erläutern dabei den Aufbau der AK Bibliothek sowie das Recherchieren, Reservieren und Bestellen von Medien mit Hilfe des Online-Katalogs. Zusätzlich gibts für Schüler höherer Schulen spezielle **Workshops**. Während dieser 90 Minuten, in denen sich die Jugendlichen mit gedruckten und digitalen Texten befassen, entdecken sie nicht nur die AK Bibliothek für sich, gleichzeitig wird ihnen auch in kleinen Gruppen viel Basis-Wissen für (vor)wissenschaftliche Arbeiten vermittelt.

Öffnungszeiten. Die Bibliothek in der AK Tirol in Innsbruck ist auch im Sommer zu den gewohnten Zeiten geöffnet: Mo und Mi von 9 bis 18 Uhr, Di und Do von 9 bis 16 Uhr und Fr von 9 bis 12 Uhr.